

amtliche Bekanntmachung

032 K 023/19



AMTSGERICHT MARL

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 11.06.2021 um 09:00 Uhr,
im Amtsgericht Marl, Adolf-Grimme-Str. 3, Erdgeschoss Saal A**

das im Grundbuch von Marl Blatt 8833 eingetragene

Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Laufende Nummer 5:

Gemarkung Marl, Flur 179, Flurstück 165, Liegenschaftsbuch 6299,
Gebäude und Freifläche Wallstraße, groß: 2042 qm

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein Wohnhaus mit Gewerbenutzung, Bj. 1967, Erweiterung 2015-2018 (nicht vollständig fertig gestellt), ca. 425 qm Wohnfläche, ca. 124 qm Nutzfläche, teilweise Rohbauzustand, projektiertes Nebengebäude im Rohbauzustand.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.07.2019 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 824.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Marl, 08.01.2021